

Basta!

Basels starke Alternative

STADTENTWICKLUNG

Rheinhattan reloaded



Planungsskizze Rheinhattan, November 2019, Foto: Tonja Zürcher

Alter Wein in neuen Schläuchen oder es geht doch immer nur ums Geld

Nach einem völlig missglückten Mitwirkungsverfahren und daraufhin mehreren Jahren des Stillschweigens präsentierte die Regierung im Oktober den aktuellen Stand der Planung von Rheinhattan (Stadtteilrichtplan Kleinhüningen-Klybeck). Die überdimensionierten Wolkenkratzer-Visionen aus den früheren Visualisierungen werden kleingeredet und es wird nun von «vielfältiger Hofbebauung» und vereinzelt Hochhäusern gesprochen. Damit ist aber nicht eine Bebauung wie im bestehenden Klybeck gemeint, sondern 30m hohe Blöcke und Hochhäuser bis zu 65m (ca. 18 Stockwerke). Als Beispielbild wird die HafenCity in Hamburg aufgeführt. Auch die vorgesehene massive Verdichtung wurde nicht verändert. Auf dem Gebiet zwischen Rhein und Altrheinweg sollen in Zukunft 8'000 Menschen wohnen und arbeiten. Das sind mehr als heute im Klybeckquartier auf einer mehr als doppelt so grossen Fläche leben.

Um den Wert des Bodens maximal zu

steigern, wird der Hafen nach den Plänen der Regierung vollständig vom Rheinufer verdrängt. Das gilt auch für die Hafentriebe am Westquai (Hafenbecken 1). Denn diese sind auf die Hafentriebe entlang des Altrheinwegs angewiesen, die der «vollständigen Transformation» der Hafentriebe zu einer Wohn- und Büroanwendung im Weg ist.

Alternativszenarien unerwünscht

Die Planer betonten an der Präsentation der „neuen“ Ideen, dass die Empfehlungen der Quartierbegleitgruppe, die im Dezember 2013 zuhanden des Grossen Rats eingereicht wurden, «nach Möglichkeit» berücksichtigt wurden. Auch die Regierung hält eine umfassende Prüfung von Alternativszenarien nicht für nötig. Die nun vorgeschlagene Überbauung würde grösstenteils mit den Anliegen der Quartierbewohnenden übereinstimmen, behauptet die Regierung – ohne die Bevölkerung gefragt zu haben – und will den Vorstoss von Heidi Mück abschreiben,

weiter auf Seite 3

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
4005 Basel



Seite 4

Chemiemüll im Basler Klybeckquartier



Seite 7

Klimagerechtigkeit ist keine Wahl



Seite 9

Interview: Der Funke in Rojava wird nie erlöschen

Montag, 13. Januar

Koordination

Samstag, 18.01. 14:00 - 18:30 Uhr im Klyk,
Quartiertreffpunkt, Kleinhüningerstrasse
205, 4057 Basel

2. Haus der Politik - zum Thema Rheinhafen (mehr auf Seite 12)

Mittwoch, 29. Januar 19:00 Uhr -
Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, 1. Stock

Mitgliederversammlung

Montag, 03. Februar

Diskussion zur Situation in der Türkei mit Max Zirngast, Journalist

Sonntag, 9. Februar

Abstimmung (mehr auf Seite 8)

Montag, 10. Februar

Koordination

Dienstag, 10. März

Koordination

Montag, 23. März, 19:00 Uhr, Gewerk-
schaftshaus, Rebgasse 1, 1. Stock

Mitgliederversammlung

Montag, 20. April

Koordination

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr 04/2019

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Till Kleisli, Mariann Gloor

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Auflage: 1200

Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!,

Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

2

Eine grüne Bundesrätin? Eine kurze Analyse

Regula Rytz will in den Bundesrat. Dieser Machtanspruch erscheint nach den historischen Wahlen vom 20. Oktober mehr als legitim. Ihre Aussicht auf einen Wahlsieg ist eher gering, macht doch die bürgerliche Mitte deutlich, dass sie nicht die Absicht hat, den Verbündeten Cassis abzuwählen.

Unabhängig aber von ihren Erfolgchancen auf einen Bundesratsitz und der Person Regula Rytz müssen sich die Grünen die Frage stellen, ob eine Bundesratsbeteiligung zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Klar ist, mit einer Regierungsbeteiligung ergäben sich für die Grünen neue Möglichkeiten, soziale und ökologische Forderungen durchzusetzen. Allerdings hängt eine erfolgreiche Durchsetzung dieser Anliegen von den Kräfteverhältnissen in Parlament und Bevölkerung ab. Liegen die Mehrheitsverhältnisse an den entscheidenden Stellen ungünstig, so wären die Grünen gezwungen, eine Politik mitzutragen, die sich nicht mit dem eigenen Programm verträgt und eine grosse Enttäuschung bei der Wählerschaft erzeugt.

Grüne Regierungsbeteiligung in Deutschland mit der SPD auf Bundesebene oder auch der CDU auf Landesebene brachten den Klimaschutz kaum voran, aber schufen eine zunehmende Profillosigkeit der Partei in der sozialen Frage. Wäre es also nicht sinnvoller, in den nächsten vier Jahren starke Oppositionspolitik zu betreiben?

Gemeinsam könnte man über neue Formen der Teilhabe und Partizipation in Partei und Gesellschaft diskutieren und so den Fokus auf eine Politik von unten legen, die das eigene Profil stärkt. Ausserdem bietet sich über gute Oppositionsarbeit die Gelegenheit, bürgerliche Parteien unter Druck zu setzen, insbesondere die FDP, da sie nun im Bundesrat übervertreten ist.

Doch wer tatsächlich etwas verändern will, muss zu gegebener Zeit die Machtfrage stellen und sich in Verantwortung begeben und gleichzeitig achtsam sein, dass das politische Profil die Strukturen der Politik verändert und nicht die Strukturen das eigene politische Profil. Ob der Zeitpunkt dafür günstig ist, wird sich zeigen. Noch entscheidender bleibt allerdings die Frage, ob die Partei es schafft, die Anliegen der Klimajugend, feministischer und sozialer Bewegungen weiterhin im Blick zu halten und mit ihnen um Mehrheiten für das notwendig Neue zu ringen.



Sina Deiss, Co-Präsidentin BastA!

VERANSTALTUNGSHINWEIS

#FREEMAXZIRNGAST

Gesprächsabend mit Max Zirngast 03. Februar 2019

Der Journalist Max Zirngast wurde in der Türkei vom 11. September bis 24. Dezember 2018 inhaftiert. Wie in vielen Fällen wurde er wegen Verdachts auf die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Im September 2019 wurde er frei gesprochen.

Dahert freuen wir uns sehr, ihn zum Gespräch in Basel zu haben. Weitere Infos (Zeit, Ort) folgen online.

der genau diese Alternativszenarien verlangte.

Rheinufer für die Bevölkerung?

Das Rheinufer soll nach den präsentierten Plänen so gestaltet werden wie die Strecke zwischen Mittlerer Brücke und Dreirosenbrücke. Dabei wäre doch wünschenswert, es gäbe mehr Platz zwischen dem Rhein und den Wohnhäusern. Die Nutzung wäre nicht mehr ganz so gedrängt und die Anwohner*innen hätten die Party nicht mehr unmittelbar vor ihrem Vorgarten. Am Klybeckquai hätte man nun die Chance, mit einem breiten Park dem Rheinufer entlang einen Frei- und Grünraum für die ganze Bevölkerung zu schaffen. Ein Raum, der genügend gross ist, damit sich Ruhe- und Entspannungssuchende und Partyleute nicht auf die Füsse treten. Aber nein, die Wohn- und Büronutzungen sollen möglichst nahe an den Rhein gebaut werden. Ein Park ist zwar vorgesehen, aber da, wo heute die Hafenterrasse liegt. Das „Zückerchen“ für die Quartierbevölkerung wird hinter die «urbane Dichte» von Rheinhattan verschoben.

Rendite vor Freiraum

Die Büro- und Wohnblöcke sollen also da gebaut werden, wo heute die Zwischennutzungen stattfinden, und der Park da, wo die Hafenterrasse liegt, die für den Weiterbetrieb des Hafens auf dem Westquai notwendig ist. Wann und ob der Park überhaupt realisiert werden könnte, ist deshalb vollkommen offen. Der Bau von Wohntürmen und die damit verbundene Rendite hat für die Regierung Priorität. Das Versprechen, einen Park einzurichten, ist aber noch perfider: Indem man die Gleise der heutigen Hafenterrasse entlang des Altrheinwegs als Ort für den Park festlegt, werden alle, die den Hafen am Westquai erhalten wollen, anstatt im Landesinneren ein neues Hafenbecken mit dem «Gateway



Westquai, Dezember 2019, Foto: Tonja Zürcher

Basel Nord» zu graben, zu Verhinderern des Parks. Eine sachliche Diskussion darüber, ob der geplante Riesenterminal mit seinem massivem Umschlag- und Verkehrswachstum und der Zerstörung wertvoller Naturflächen sinnvoll ist, wird dadurch stark erschwert. Es ginge nur noch darum, dass der Hafen doch endlich Platz machen soll für den Park. Es wird also alles getan, um die Interessen des Quartiers gegen jene des Hafens auszuspielen.

Nicht zuletzt ist die Anordnung der Grünfläche auf dem Gleisfeld ähnlich dem ursprünglich geplanten Rhein-Seitenkanal ein klares städtebauliches Zeichen: Rheinhattan soll nicht ein Teil des Klybecks werden, sondern ein eigenständiger «urbaner Stadtteil», isoliert und abgetrennt vom Rest.

Wir werden dafür kämpfen müssen, dass der Park dorthin kommt, wo er hingehört: An das Rheinufer und die Wiesemündung.

Wie geht es weiter?

Der Grosse Rat wird im nächsten Jahr darüber entscheiden, ob er die von der Regierung beantragten 5,7 Millionen Franken für die Ausarbeitung des Stadtteil-

richtplans Kleinhüningen-Klybeck, für Grundlagenarbeiten zu Verkehr, Grün- und Freiräumen, Naturschutz und Altlasten sowie für die Mitwirkung der Bevölkerung bewilligen will. Parallel zur Erarbeitung des Stadtteilrichtplans will die Regierung «erste Initialprojekte» auf den «heute verfügbaren Parzellen» umsetzen. Was damit gemeint ist, welchen Zeitplan man dafür hat und was das für die Zwischennutzungen bedeutet, bleibt unbeantwortet.

Planung weiterhin ohne Quartierbevölkerung?

Erneut verspricht die Regierung eine «proaktive Beteiligung und Kommunikation». Man wolle einen Dialog und informiere laufend über den Arbeitsstand. Tönt gut. Versprochen wurde das aber bereits vor Jahren. Passiert ist nichts. Die aufmüpfige Begleitgruppe aus der Quartierbevölkerung wurde auf Eis gelegt. Informationsveranstaltungen im Quartier wurden keine mehr durchgeführt. Es ist der Verwaltung offenbar zu mühsam geworden, sich mit der kritischen Quartierbevölkerung rumschlagen zu müssen. Im ruhigen Büro plant es sich einfacher als zusammen mit der Bevölkerung.

Nun startet man einen neuen Anlauf für die Mitwirkung. Nach den Erfahrungen im ersten Durchgang sind die Erwartungen so tief, dass sie fast nur übertroffen werden können. Die erste Grossveranstaltung war aber wieder ähnlich frustrierend wie gewohnt. Eine Informationsveranstaltung ist nun mal keine Mitwirkung. Immerhin finden nun aber auch Veranstaltungen im kleineren Kreis statt. Die verschiedenen, von der Verwaltung ausgewählten „Stakeholder“ werden ins Baudepartement eingeladen und dürfen ihre Fragen, Bedenken und Kritik deponieren. Alles wird protokolliert und soll in die Planung des zukünftigen Mitwirkungsprozesses einfließen. Wem das alles zu schwammig ist: Willkommen im Club! Wie schon erwähnt sind die Erwartungen tief, und da sowohl das Bau-



Wiesemündung, Dezember 2019, Foto: Tonja Zürcher

departement als auch das Präsidentialdepartement keinen erkennbaren Plan haben, bleibt der engagierten Bevölkerung nichts anderes übrig, als sich bei jeder möglichen Gelegenheit einzubringen und den Park am Rheinufer zu fordern.

Spekulation im Klybeck

Während fröhlich geplant wird, geht der Ausverkauf des Klybecks weiter. Neue teure Wohnungen werden mit dem Slogan «Wohnen im neuen Trendquartier Klybeck - für Menschen auf der Suche nach dem gewissen Etwas» beworben. Eine Überbauung am Giessliweg, Häuser an der Erikastrasse und weitere wurden bereits leer gekündigt. Wenn die Politik nicht bald die im Juni 2018 angenommene Wohnschutzinitiative umsetzt, werden weitere folgen. Die Quartierbegleitgruppe verlangte schon 2013, dass man etwas gegen die Spekulation im Quartier macht. Als klitzekleines Entgegenkommen wurde von der Verwaltung ein Auftrag zum Monitoring der Veränderung im Quartier gegeben. Was im Quartier abgeht, hat man trotzdem nicht mitbekommen. Womöglich glaubt Stadtentwickler Lukas Ott noch immer nicht, dass weniger begüterte Leute verdrängt werden, wie er vor gut einem Jahr in einem Interview sagte. Nun will die Regierung das Monitoring weiterführen. Das schadet sicher nicht. Nur: Was nützt es uns, wenn die Regierung nicht mal weiss, ob man dann «gegebenenfalls auf unerwünschte Entwicklungen reagieren» will? Das bisherige Engagement der Regierung deutet jedenfalls nicht darauf hin, dass man etwas gegen die Verdrängung der bestehenden Wohnbevölkerung tun will. Wir verlangen, dass die Regierung und der Grossen Rates endlich etwas gegen Renditemaximierung und Spekulation mit unserem Zuhause unternimmt, anstatt diese weiter zu fördern!



Heidi Mück, Co-Präsidentin & Tonja Zürcher, Grossrätin BasA!

Chemiemüll im Basler Klybeck-Quartier

Basler Erklärungen zum Klybeck-Chemiemüll auf dem Prüfstand.

Der Chemiemüll im Basler Klybeck-Quartier kann nicht so gut untersucht sein, wie die Be-hörden sagen. Sie bemühen etwa Einschätzungen aus Zeiten, als es die nötigen Analysemethoden noch gar nicht gab.

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) Basel-Stadt hat die Altlastenverordnung im Klybeck-Quartier höchstens ansatzweise vollzogen. Die Behörde weiss deshalb nicht im Detail, wo unter den Fabrikarealen der Chemie- und Pharmafirmen BASF AG und Novartis AG, aber auch unter Strassen und Plätzen im Quartier sanierungsbedürftige Altlasten liegen. Das ist das Fazit eines Gutachtens, das die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) im Juni 2019 in Basel präsentiert haben.¹ Die Chemiegelände fachgerecht zu untersuchen wäre aber dringend: Auf den heute weitgehend brachliegenden Arealen sollen Wohnraum für 20 000 Menschen und 30 000 Arbeits-



plätze entstehen. Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) fordern: Zuerst aufräumen, dann bauen.

Doch statt ihre langjährige Passivität im Klybeck-Quartier aufzugeben, tragen die Basler Be-hörden fragwürdige Erklärungen vor. Nachstehend unterziehen wir sie einem Faktencheck.

Erklärung der Behörden BS	Fakt ist... ²
<p>Gemäss einem historischen Plan von 19883 der Chemiefirma Ciba-Geigy liegt auch im Altrheinweg beim heutigen Kinderspielplatz Ackermätteli Chemiemüll. Gegenüber der BZ Basel vom 21.6.2019 versicherte Matthias Nabholz, Leiter des AUE BS:</p> <p>Der Kinderspielplatz sei bis in 3 m Tiefe abgetragen, aber nichts gefunden worden.</p>	<p>Auf dem Kinderspielplatz Ackermätteli wurde nie 3 m tief gegraben. Im Gegenteil: Der Spielplatz liegt auf 2012 aufgeschüttetem Bodenmaterial. (Mit den Fakten konfrontiert, räumte der AUE-Leiter in der BZ Basel vom 12.10.2019 ein: «Es waren keine drei Meter.»)</p> <p>Hingegen wurde um 1980 im Altrheinweg ein Kanalisationsrohr ca. 3 m tief verlegt. Dabei sah ein ehemaliger Kantonsangestellter den Chemiemüll mit eigenen Augen, wie er den AefU bestätigte.</p>
<p>Zur Wochenzeitung WoZ vom 4.7.2019 sagt Matthias Nabholz:</p> <p>«Für die Umwelt wäre es das Beste, das ganze Klybeck abzutragen und neu aufzuschütten.» Aber das sei natürlich keine Option.</p>	<p>Das ganze Klybeck-Quartier abzutragen, wäre unsinnig. Das hat auch niemand verlangt. Was es aber dringend braucht:</p> <p>a) historisch bekannte Chemiemüll-Lager untersuchen und beseitigen;</p> <p>b) das ganze Quartier systematisch auf all-fällige weitere Chemiemüll-Ablagerungen untersuchen und vorgehen wie unter a).</p>
<p>Gegenüber der Basler Zeitung vom 21.6.2019 sagt Matthias Nabholz:</p> <p>«Das Klybeck ist punkto Bodenbelastung eines der bestuntersuchten Areale der Schweiz.» Es würden Tausende von Seiten Untersuchungs- und Beurteilungsberichte vorliegen. Diese Unterlagen seien auch den Ärzten zur Verfügung gestellt worden.</p>	<p>Das Klybeck ist keineswegs gut untersucht. Das zeigt gerade das Studium dieser Tausenden von Seiten. Die Resultate davon sind im AefU-Gutachten festgehalten.⁴</p> <p>Die AefU musste die Berichte übrigens via das Öffentlichkeitsprinzip einfordern.</p>

Erklärung der Behörden BS	Fakt ist?...
<p>Bei Chemiemülldeponien verlangen die AefU: Analysen müssen alle jene Schadstoffe erfassen, die einen Standort potentiell verschmutzen könnten. Zum Baublatt vom 20.6.2019 sagte Matthias Nabholz jedoch:</p> <p>Im Klybeck primär jene Substanzen zu suchen, für die die Altlastenverordnung einen Grenzwert setze, sei korrekt und angemessen.</p>	<p>Mit der Suche nach den bloss rund 50 Substanzen/Substanzgruppen der Altlastenverordnung (AltIV) verpasste das AUE rund 1950 Substanzen, die ebenfalls den Boden und das Grundwasser des Klybeck verschmutzen können.</p> <p>Beispiel: Der Blasenkrebsreger Benzidin ist in der AltIV nicht ausdrücklich erwähnt. Ciba und Novartis bezeichnen Benzidin aber explizit als Risikosubstanz für das Klybeck.⁵ Trotzdem haben sie hier nie danach gesucht.</p>
<p>Im Plan der Chemiefirma Ciba-Geigy von 1988 sind mehrere Standorte mit «Chemieschlamm» bezeichnet. Auf eine entsprechende Interpellation⁶ antwortet die Regierung am 28.3.2018:</p> <p>Im Unteren Rheinweg und im Altrheinweg habe der Kanton damals «die Bohrprofile gründlich untersucht».</p>	<p>Das stimmt nicht. Es gibt zwar Bohrungen aus den Jahren 1929 bzw. 1976. Damals ist die nötige Untersuchung aber gar nicht möglich gewesen. Es gab die entsprechende Analysetechnik noch nicht.</p> <p>«Gründlich untersucht» ist der Chemiemüll unter den Strassen und Plätzen im Klybeck-Quartier also mitnichten. Beim Spielplatz Ackermätteli fehlen sogar die Bohrungen.</p>

Dr. Martin Forter, Geschäftsleiter der AefU, Geograf und Altlastenexperte.

Auszug aus: OEKOSKOP 4/19, Fachzeitschrift der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU).

www.aefu.ch/klybeck

1 Vgl. www.aefu.ch/aktuell/#c31591
 2 Gestützt auf die Unterlagen, die den AefU vorliegen.
 3 www.aefu.ch/ciba_geigy_1988
 4 Vgl. Fussnote 1.
 5 Ciba SC/Novartis: Historische Voruntersuchung Werk Klybeck. Basel, 20.11.2000, S. 23.
 6 Interpellation 18.5080, S. 2.

Dominik Labhardt, Fotograf

Am Sonntag, 20. Oktober, erfuhr unser Gründungsmitglied Dominik Labhardt noch von den erfreulichen Wahlergebnissen. Kurz danach erlag er im 66. Altersjahr seiner schweren Krankheit.

Während vieler Jahre lernten alle Kandidaten und Kandidatinnen von BastA! und Grünen Dominik als Fotografen kennen. Schon für die POB machte Dominik die vielen hundert Bilder für Wahlzeitungen, Inserate, Plakate und Flugblätter. In stiller Solidarität unterstützte er mit seiner fotografischen Arbeit manche Projekte, Organisationen und Komitees. Der Hinweis: „Foto Dominik Labhardt“ ist seit den 70er Jahren in vielen Publikationen aus dem linken Spektrum zu finden.

Neben seiner Berufstätigkeit als Fotograf realisierte er immer auch eigene Projekte. Die Installation zum Maler Segantini in der Kulturwerkstatt Kaserne war ein Erlebnis.

Ein ungewöhnlicher und fein ironischer Beitrag zur Ausländerdiskussion war sein 1998 erschienenes Buch „25 Ausländer“ (mit Andri Pol).

In den letzten Jahren gehörte seine Passion dem hohen Norden. Auf langen Reisen und Fussmärschen durch Grönland und Island entstanden faszinierende Fotografien. In den Ausstellungen „Kalaallit Nunaat“ und „Close to Iceland“ bezauberten die Bilder das Publikum. Diese Bilder sind im schönen Buch „up north“ publiziert.

Der Gedanke, dass wir Dominik nicht mehr begegnen werden, ist schmerzhaft.

Richard Spillmann

ANZEIGE



Zum Buch

Ein beträchtlicher Teil der Bodenfläche gehört der öffentlichen Hand, also den Bürgerinnen und Bürgern. Und dieser Boden soll nachhaltig bewirtschaftet und nicht ausverkauft werden. Der Druck von Grossinvestoren, auch aus dem Ausland, wird jedoch immer grösser: Denn Boden ist begehrt, wertsicher und nicht vermehrbar.

Aus der Perspektive von mehr als 30 AutorInnen beleuchtet das vorliegende Buch die »Bodenfrage« und bietet eine Handreichung für Akteure in Städten, Gemeinden und Zivilgesellschaft. Wichtige Themen sind das städtische Bodenmanagement, das (Erb-)Baurecht und der gemeinnützige Wohnungsbau.

Es wird die erfolgreiche »Basler Bodeninitiative« vorgestellt, von der Idee und dem konkreten Anliegen bis zu der Abstimmung darüber. Erste praktische Erfahrungen mit weiteren Bodeninitiativen in der Schweiz, die ausführlich dokumentiert sind, sowie Initiativen, Modelle und Erfahrungen aus Deutschland und anderen Ländern zeigen, was eine informierte und engagierte Zivilgesellschaft erreichen kann.

Mit Beiträgen von Jacqueline Badran – Ivo Balmer – Lilli Bauer – Werner T. Bauer – Sebastian Benthous – Friederike Bock – Claudia Bosshardt – Daniela Brahm – Gabriel Brönnimann – Daniel Gelzer – Klaus Hubmann Gerber – u.v.a.

Brigitta Gerber, Ulrich Kriese (Hg.) | Boden behalten – Stadt gestalten | 432 Seiten | ISBN 978-3-906304-50-2 | Hardcover | CHF 28.00 | Bei Versand exkl. Versandkosten

«MigrantInnen verschaffen sich Gehör»



Migrantensession 2019, Foto: František Matouš, Verein Mitstimme

So fröhlich, voll und divers gefüllt ist er selten, der Grossratssaal. Eins fällt mir als erstes besonders auf, als ich in den Saal komme. 75% der anwesenden Migrantinnen und Migranten an der Migrantensession, die dieses Jahr dank dem Verein „mitstimme“ zum zweiten Mal durchgeführt worden ist, sind Frauen. Ein erfrischend anderer Wind weht dementsprechend heute in den historischen Räumen des Baseler Rathauses. Und es geht dann auch schnell ans Eingemachte. Nach einer herrlichen Performance der Spoken Word Künstlerin Fatima Moumouni beginnt die Session. Denn heute dürfen die Menschen, die sich laut Fatima Moumouni sonst wie ein mit Marmelade gefülltes Senfgas fühlen, endlich mal ihren Senf dazu geben. Aus Arbeitsgruppen entstanden verschiedene Vorstösse, welche heute debattiert, verabschiedet und an Politiker*innen überreicht werden.

Die Diskussionen sind angeregt. Manchmal ist der Konsens für eine Forderung sehr schnell gefunden, z.B. wenn es um die diskriminierenden Prämienberechnungen bei Autoversicherungen geht. Andere Themen erhitzen die Gemüter, z.B. die Ausweitung der Gratis-Deutschkurse auf aus anderen Sprachregionen zugezogene Schweizer*innen. Eine bemerkenswerte Forderung, die man erst nach ausgiebiger Debatte versteht. Einerseits kommt die Forderung aus dem Wunsch nach Gleichberechtigung: Die Migrant*innen möchten thematisieren, dass die Überwindung der Sprachgrenzen auch innerhalb eines Landes zentral ist für das Zusammenleben einer Gesellschaft. Andererseits haben eingebürgerte Migrant*innen, die nach ihrer Einbürgerung die Sprachregionen innerhalb der Schweiz

wechsellern, extreme Schwierigkeiten und keine finanziellen Ressourcen, die nächste neue Sprache zu lernen. Eine junge Frau schilderte sehr zurückhaltend ihr Leben als Mutter: Sie ist wegen der Arbeit ihres Mannes aus der Westschweiz nach Basel gezogen, und alles, was sie schildert, berührt mich zutiefst. Es ist eine neue Erfahrung, den Migrant*innen einfach nur zuzuhören – was sie bewegt, wie ihr Alltag aussieht, wo sie ganz klare Meinungen haben. Meist sind sie sich einig und doch oft auch sehr kritisch.

Ich kam mir klein vor, weil ich seit ich 18 Jahre alt geworden bin in meinem Leben nie dafür kämpfen musste, dass meine Stimme zählt, und weil sich auch davor immer jemand für meinen Senf interessiert hatte. Und in diesem Saal sitzen kluge, motivierte, empathische Menschen mit den

unterschiedlichsten Geschichten. Doch mitbestimmen über die Geschicke des Landes, in dem sie leben, können sie nicht.

Einges an den Debatten war ähnlich wie an normalen Parlamentstagen, aber noch viel mehr war komplett verschieden. Aber wie in ordentlichen Parlamentssitzungen fehlte auch hier Zeit zur ausführlichen Diskussion der Themen, und der Blick auf die Uhr verkürzte manche lange, eifrige Debatten. Die vielen Vorstösse wurden diskutiert, teilweise abgeändert und dann an uns Politiker*innen übergeben.

Bis diese Menschen wählen und abstimmen dürfen müssen wir ihr Sprachrohr sein. Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe und ich wünsche mir, es würde mehr Austausch zwischen diesen engagierten Menschen und den Parteien stattfinden, mehr noch, es würden mehr Migrant*innen in die Parteien integriert. Das würde die Verantwortung auf mehr Schultern verteilen und das politische System menschlicher machen. Davon bin ich überzeugt.



Jo Vergeat, Grossrätin junges grünes bündnis nordwest



Migrantensession 2019, Foto: František Matouš,

Klimagerechtigkeit ist keine Wahl

Die Wahlen vom 20. Oktober brachten eine für die Schweiz historische Verschiebung der Sitze. Gemäss ersten Nachwahlbefragungen haben neben den Grünen und Grünliberalen vor allem auch die gut Ausgebildeten und Besserverdienenden gewonnen. Das ist zum einen strukturell bedingt, weil Menschen mit Migrationshintergrund und ohne Stimmrecht durchschnittlich ein tieferes Einkommen haben. Zudem gilt laut Peter Moser, Chefstatistiker des Kantons Zürich: «Je weniger gut ausgebildet eine Person ist und je weniger sie verdient, desto weniger beteiligt sie sich grundsätzlich an der Politik.» Die Grünen und die GLP zusammengerechnet kommen gemäss Tamedia bei den Wähler*innen, die einen Universitäts- oder Hochschulabschluss haben, auf rund 32%.

Wird das Pariser Klimaabkommen ernst genommen, muss die bevorstehende Legislatur richtungsweisende klimapolitische Entscheidungen treffen. Dass Wahlsieger*innen vornehmlich gut gebildet und besser verdienend sind, birgt die Gefahr einer Klimapolitik in der die soziale Frage ausgelassen wird. Die Folgen davon zeigen sich zurzeit auf der ganzen Welt. In Frankreich gehen seit einem Jahr die Gelbwesten auf die Strassen und auch in Haiti und Ecuador protestieren die Menschen gegen die Erhöhung der Kraftstoffpreise. «Viele junge Menschen trauen dem politischen Entscheidungssystem nicht mehr zu, für allgegenwärtige Probleme wie den Klimawandel und die Ungleichheit Lösungen zu finden», glaubt Politologe Jannis Grimm vom Berliner Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB).

Keine Krise der Natur

Um eine Energiewende und eine soziale Wende zu entwickeln, ist die grösste Herausforderung, über allgemeine Überlegungen hinauszukommen und ein Programm mit konkreten und gut begründeten Vorschlägen zu formulieren. Es wird nicht reichen, die Klimakatastrophe durch Flugticketabgaben oder einen BLKB Klima Basket aufzuhalten versuchen. Die Treibhausgasemissionen müssen massiv reduziert werden und das wird ohne spürbare Einschränkungen nicht möglich sein. Dabei muss immer wieder aufgeworfen werden, dass sich nicht die Natur in der Krise befindet, sondern die Gesellschaft und ihre gestörte Beziehung zur übrigen Natur.

«Wenn nicht viel mehr getan wird als das, was wir im Moment zögerlich anpeilen, wird diese Erde in Teilen bald unbewohnbar sein», sagte ETH-Klimaforscher Reto Knutti



Foto: NiklasPntk, Pixabay

unlängst in einem Gespräch mit der Republik. Aufhalten kann die Klimakatastrophe nur, wer die zu rettende Welt als veränderbar zu begreifen beginnt.

Wer die Kraft der bestehenden Klimagerechtigkeitsbewegung darauf reduziert, dass sie nun einigen Politiker*innen einen Sitz im nationalen Parlament verschafft hat, bleibt in den bestehenden Machtstrukturen gefangen. Die in letzter Zeit erstarkte Bewegung hat gezeigt, dass Veränderungen möglich sind, wenn sich viele Menschen zusammentun und für ihre Anliegen eintreten.

Und vielleicht ist genau dies der springende Punkt: Konkrete und wirkungsvolle Massnahmen müssen lokal und im Alltag verankert sein und basisdemokratisch diskutiert werden. Eventuell ist es an der Zeit, als Gemeinden, als Städte voranzugehen und mit emanzipatorischem, pragmatischem Vorgehen aufzuzeigen, dass es Alternativen gibt.

Einen Ansatz hierzu bietet auch die Klimastreikbewegung mit ihrer Lancierung des Klima-Aktionsplans. Während den nächsten Monaten sollen, in Zusammenarbeit mit Direktbetroffenen und Expert*innen aus allen Bereichen der Wissenschaft, Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Sektoren konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten und politische Massnahmen vorschlagen. «Der Klima-Aktionsplan soll eine realistische Utopie, eine konkrete Vision einer Gesellschaft ohne fossile Energien werden», steht auf der Homepage geschrieben.

Banken und Infrastruktur direkt blockieren

Einen anderen Weg schlägt das Collective Climate Justice ein. War es 2018 der Basler Ölhafen, wurden im Sommer 2019 in Basel und Zürich die UBS und Credit Suisse blockiert. Damit sollten den durch die Schweizer Grossbanken verantworteten, klimaschädlichen Investitionen ganz konkret ein Riegel geschoben werden. Fast 100 Aktivist*innen sind als Folge von massiver Repression betroffen und es ist mit hohen Gerichtskosten zu rechnen.

Dies ist ein Beispiel, das aufzeigt, dass der Weg hin zu einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft kein einfacher wird. Unsere Gesellschaft steht als Ganzes vor einem tiefgreifenden Wandel. Das beinhaltet auch, dass immer wieder die Machtfrage gestellt wird.

Nicole Gisler und Nicolas Goepfert

Mit Vollgas in die Klimakrise

2x Nein zu den verantwortungslosen Autoinitiativen, Ja zum Gegenvorschlag

Die Wälder in der Region sterben wegen Trockenheit und Hitze, Millionen von Menschen weltweit haben wegen der Klimakrise ihr Zuhause verloren, fast täglich warnen Wissenschaftler*innen, dass die Erderhitzung und ihre bedrohlichen Auswirkungen schneller fortschreiten, als erwartet. Tausende gehen in der Schweiz auf die Strasse, um die Politik dazu zu bringen, endlich wirksam gegen die Klimakrise vorzugehen. Aber der Gewerbeverband hat davon offenbar noch nichts mitbekommen. Mit zwei verantwortungslosen Auto-Initiativen will die Auto-Lobby mehr Autos und mehr Parkplätze in Basel. Die äusserst zaghaften Schritte der Regierung zur Förderung des ÖV, der Velofahrenden und der zu Fuss Gehenden und zur Reduktion des Autoverkehrs würden mit Annahme der Initiativen gestoppt, die schrittweise Um-

nutzung von Parkplätzen zu Velostreifen, Grünflächen und Strassencafés praktisch verunmöglicht. Im Grossen Rat konnten wir erreichen, dass den Initiativen ein Gegenvorschlag entgegengestellt wird, in dem festgeschrieben wird, dass sich die Verkehrspolitik an den Klimazielen ausrichten muss. Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, wird von der Auto-Lobby mit viel Geld bekämpft. Die Abstimmung am 9. Februar wird damit richtungsweisend für die Klima- und Verkehrspolitik in Basel.



Tonja Zürcher, Grossrätin BastA!

Parolen vom 09. Februar 2020

National

JA zu "mehr bezahlbare Wohnungen"

JA zum Schutz vor Homophobie (Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) (BBI 2018 7861).

Kantonal

NEIN zur Initiative "Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer"

NEIN zur Initiative "Zämme fahre mir besser"

JA zum Gegenvorschlag

Kräftiges JA zu «Mehr bezahlbare Wohnungen» stärkt unseren Wohnschutz und Recht-auf-Wohnen

Unsere «4xJA»-Grosserfolge brachten uns auf dem Papier Wohnschutz (1. Säule) und Recht-auf-Wohnen (2. Säule). Beide Säulen können und müssen wir nun stärken mit einem JA am 9. Februar 2020 zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieterverbandes Schweiz.

Wohnen gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wasser, Kleidung und saubere Luft. Die Politik muss dafür sorgen, dass alle Menschen in der Schweiz eine angemessene und für sie bezahlbare Wohnung haben.

Menschenwürdige Wohnpolitik stützt sich auf 3 Säulen. Zwei haben wir bereits in die Basler Kantonsverfassung geschrieben:

- Die erste Säule («Wohnschutz») soll mit kantonaler Mietpreisdeckelung und flankierenden Massnahmen dafür sorgen, dass Mietzinse bezahlbar (leistbar) bleiben und nicht oder nur mässig steigen.
- Die zweite Säule («Recht auf Wohnen») schafft mehr staatliche, kommunale Wohnungen. Der Kanton soll mit seinen Wohnungen keinen Profit machen.

Unterstützt wird dies durch die neue nationale Initiative: Schweizweit sollen mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Bauträger stehen. Es sollen also mehr gemeinnützige Wohnungen auf unbebauten Gebieten geplant werden. Gemeinnützige Bauträger sind Wohngenossenschaften oder Stiftungen, die dem Kostenmiete-Prinzip folgen. Die Bundesverfassung soll dies garantieren und so auch die Kantone darin unterstützen, gemeinnützig zu bauen, auf Rendite zu verzichten und zu Selbstkosten zu vermieten. Das ist die 3. Säule unserer menschenwürdigen Wohnpolitik.

Dies sind die Massnahmen der nationalen Initiative:

- Gemeinden und Kantone erhalten ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke des Bundes und bundesnaher Betriebe wie den SBB., um diese dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Heute ist fehlendes Bauland das grösste Hindernis für Wohnbaugenossenschaften, um mehr bauen zu können.

- Zudem verlangt die Initiative, dass energetische Sanierungen nicht zum Verlust von bezahlbarem Wohnraum führen sollen.

Wir wissen es: Renditegetriebene Immobilien-Investitionen führen, unterstützt von der regierungsrätlichen Wohnpolitik in Basel, zu überrissenen Sanierungen und Mietzinsaufschlägen, zu Leerkündigungen und zur Vertreibung aus den Quartieren. Deshalb ist es extrem wichtig, dass wir diese 3. Säule – und so auch «unseren» Wohnschutz und «unser» Recht-auf-Wohnen – mit all unseren Kräften stärken. Jede zusätzliche JA-Stimme für «Mehr bezahlbare Wohnungen» am 9. Februar 2020 hilft, dass unsere Wohnungen bezahlbar (leistbar) bleiben.



Patrizia Bernasconi

Ja zum Schutz vor Hass



Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung

Tagtäglich werden homosexuelle Menschen Opfer von Hass und Diskriminierung.

Sie erleiden physische oder verbale Gewalt und Belästigung, auch im jungen Alter in der Schule. Dies führt zu grossem Leid und manchmal sogar zum Tod. Die Selbstmordrate bei jungen Homosexuellen ist folglich auffällig hoch.

Auch wenn gestützt auf Artikel 8 der Bundesverfassung Diskriminierung der Lebensformen untersagt ist, besteht bei Aufrufen zu Hass aufgrund der «sexuellen Orientierung» eine Gesetzeslücke. Heute können homosexuelle Personen eine Ehrverletzungsklage einreichen. Die Erfolgschancen sind jedoch sehr gering. Wenn die

homophoben Äusserungen gar an die homosexuelle «Gemeinschaft» als Gruppe gerichtet sind, kann nicht strafrechtlich dagegen vorgegangen werden.

Die neue Gesetzesänderung soll nun die bestehende Bestimmung des Strafgesetzbuches bezüglich der Bekämpfung der Rassendiskriminierung (Art. 261bis) um die Diskriminierung aufgrund der «sexuellen Orientierung» erweitert werden.

In der Rechtskommission habe ich mich dafür stark gemacht, neben dem Kriterium «sexuelle Orientierung» auch das Kriterium «Geschlechteridentität» (also Transidentität oder Intergeschlechtlichkeit) in die neue Bestimmung aufzunehmen. Ausser den Grünen und der SP haben die anderen Fraktionen diesen Vorschlag aber im Parlament verworfen. Als Argumente für den Ausschluss des Kriteriums «Geschlechteridentität» wurde einerseits auf die Auslegungsprobleme und andererseits auf die ungewisse Erfolgchance der Vorlage beim Volk hingewiesen. Ausser der SVP haben aber schliesslich alle Parteien der Gesetzesänderung zugestimmt.

Die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) hat mit Unterstützung der Jungen

SVP das Referendum gegen die Gesetzesänderung ergriffen. Deshalb werden wir am 9. Februar darüber abstimmen.

Die Verteidigung der Grundrechte und der Vielfalt, der Minderheitenschutz und der Schutz des Rechts auf Andersartigkeit gehören zu unseren Kernanliegen. Deshalb wollen wir wie zahlreiche internationale Menschenrechtsgruppen und mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen der Schweiz gegen jede Form von Diskriminierung vorgehen.

Wir wissen, dass die Gesetzesänderung die Homophobie nicht verschwinden lassen wird. Es braucht weiterhin Präventionsmassnahmen, Aufklärungsarbeit in den Schulen und Sensibilisierung der Akteure. Aber die Anpassung des Strafgesetzes wird Homophobie in die Schranken weisen.

Deshalb braucht es am 9. Februar ein klares Ja für die Gesetzesänderung.



Sibel Arslan, Nationalrätin BastA!

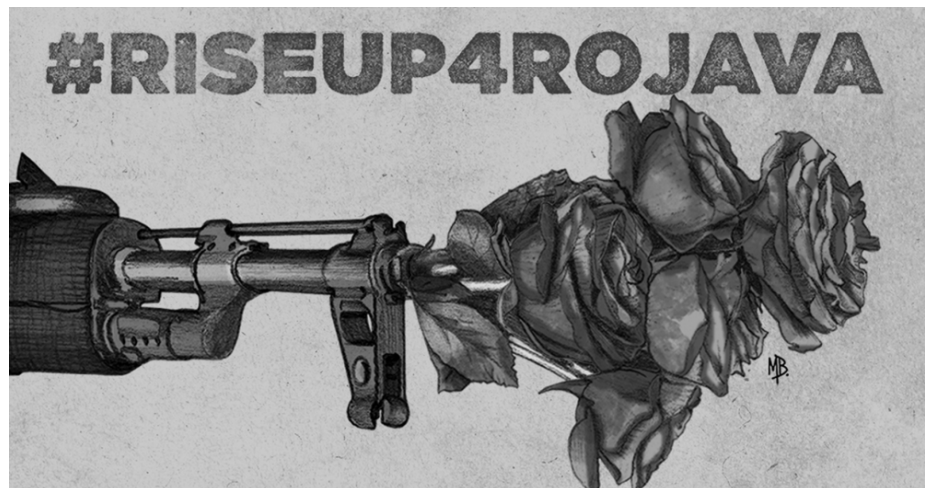
„Der Funke von Rojava wird nie erlöschen“

Interview mit Özen Aytac, Sprecherin der Aussenkommission der Kurdischen Frauenbewegung Schweiz.

*In ganz Europa gehen seit Wochen unzählige Menschen auf die Strasse und protestieren gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch der türkischen Armee in Rojava. Weshalb ist Rojava so bedeutsam nicht nur für Kurd*innen, sondern für viele Menschen auf der ganzen Welt?*

Der demokratische Konföderalismus, der in Rojava gelebt wird, ist ein Friedensmodell, das allen Menschen Hoffnung gibt, dass ein anderes System möglich ist. Es handelt sich hier um ein Gesellschaftsmodell, in dem das Volk selbstbestimmend ist. Alle ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen haben das gleiche Bestimmungsrecht und sind gemäss ihrem Bevölkerungsanteil in den Räten präsent. In allen Gremien müssen die verschiedenen Volks- und Religionsgruppen gleichberechtigt vertreten sein. Und dies auf allen Ebenen: Gemeinde, Stadt, Kanton.

Wichtig sind aber nicht nur die gesellschaftlichen Strukturen, sondern auch eine ökologische Bewirtschaftung des Bodens.



Mobilisierungsfoto zu Aktionen #riseup4rojawa, Quelle: <https://www.altemeierei.de/wp-content/uploads/2019/10/riseup4rojawa-kiel.jpg>

Wir Menschen sind Teil der Natur, und Respekt vor der Natur bedeutet Respekt vor den Menschen. In Rojava lassen sich die Menschen nicht vom Kapitalismus vorschreiben, wie man mit der Natur umzugehen hat. Auf Chemikalien und Pestizide wird verzichtet. Internationalisten haben Saatgut und Pflanzen mitgebracht. Man

versucht, den Boden so zu bewirtschaften, dass man vom kapitalistischen System unabhängig ist. Es ist eine alte Taktik sowohl in Syrien wie in der Türkei, fruchtbares Land zu Brache und damit unbewohnbar zu machen. In Rojava wird das Gegenteil praktiziert. Doch das ist ein langer Prozess. Und nun hat die Türkei ausgerechnet den

äusserst fruchtbaren Gürtel entlang der türkischen Grenze militärisch besetzt. Ausserhalb der türkischen „Sicherheitszone“ beginnt das Ödland.

Welche Rolle spielen die Frauen im Demokratischen Föderalismus?

Eine Besonderheit des Modells Rojava ist, dass für alle Gremien eine Frauenquote von mindestens 40% gilt. Präsidien werden immer mit einer Frau und einem Mann besetzt, die zudem unterschiedlichen Volks- oder Religionsgruppen angehören müssen. So muss dann beispielsweise ein arabischer, von der Stammeskultur geprägter Mann mit einer kurdischen Frau zusammenarbeiten – eine Konstellation, die dazu beitragen kann, feudale Strukturen aufzuweichen und schliesslich zu überwinden.

Neben dem allgemeinen Rat gibt es noch den Frauenrat, der die gleichen Entscheidungsbefugnisse hat wie der allgemeine Rat. Die Frauen haben also gesamthaft gesehen die grössere Entscheidungsmacht als die Männer, sie sind die Vorreiterinnen der Revolution. Sie spielen bei der Umge-



Özen Aytac an der Frauen*kampftagsdemonstration in Basel 8. März 2019, Foto: Franziska Stier

staltung der Gesellschaft und bei der Überwindung der feudalen Strukturen eine ganz entscheidende Rolle. Das Modell Rojava ist eine Alternative zu allen Systemen, die es auf dieser Welt gibt. Das patriarchale Modell wurde auf den Kopf gestellt. Die Revolution

in Rojava hat der ganzen Welt gezeigt, dass Menschen in Frieden und gegenseitigem Respekt miteinander leben können. Ein Feuer der Hoffnung wurde entfacht und in die ganze Welt getragen.

Ein Projekt in Rojava hat uns besonders fasziniert: Ein Dorf, in dem ausschliesslich Frauen leben und arbeiten. Welche Idee steckt hinter diesem Frauendorf und wer wohnt dort?

Das Dorf Jinwar ist ähnlich strukturiert wie ganz Rojava, nur dass dort ausschliesslich Frauen und ihre Kinder leben. Es sind Frauen, die ihre Männer im Krieg verloren haben, Gewalt in der Ehe erlebten oder eine feministische Utopie leben wollen. Die Häuser sind in einem Kreis angeordnet und werden aus Lehmziegeln gebaut, welche die Frauen selber herstellen – eine uralte Bauweise, die bereits aus der neolithischen Zeit überliefert ist. Der Rat wird alle zwei Monate neu besetzt, und auch bei der Aufgabenverteilung gibt es eine ständige Rotation: Man arbeitet einmal in der Bäckerei, dann in der Heilmedizin, dann wieder im Bildungszentrum oder im kleinen Dorfladen. Die Rotation verhindert, dass Machtverhältnisse entstehen, und fördert das Verständnis für andere. Es steht allen Frauen frei, innerhalb oder ausserhalb des Dorfes zu arbeiten.

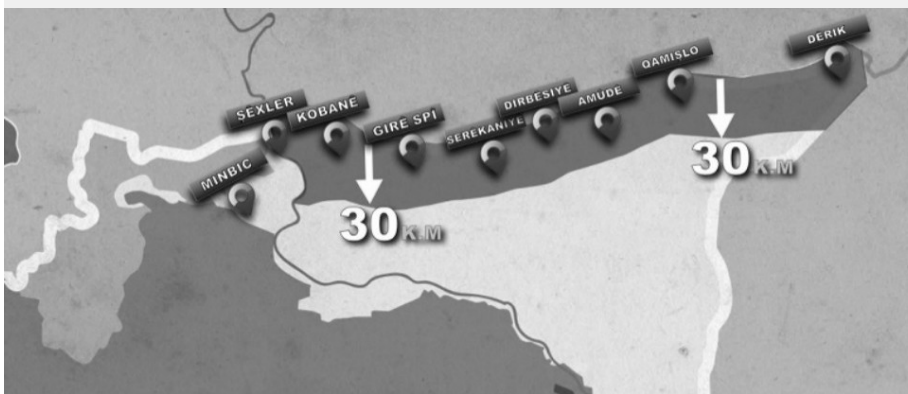
Allen Kindern ist Unterricht in ihrer Muttersprache garantiert. Es wird in Kurdisch, Aramäisch und Arabisch unterrichtet. Alle drei Sprachen sind übrigens in ganz Rojava als Amtssprachen anerkannt. Die Schulen sind nach Muttersprache unterteilt, und nicht nach Altersklassen oder Geschlecht.

Am 19. Oktober musste das Dorf wegen der Invasion der türkischen Truppen evakuiert werden. Die Dorfbewohnerinnen warten sehnlichst auf eine Rückkehr.

Rojava: eine andere Welt ist möglich!

Rojava nennen die Kurd*innen ein ca. 50'000 Km² umfassendes Gebiet im Norden Syriens entlang der Grenze zur Türkei. Laut Schätzungen leben dort aktuell ca. 5 Millionen Menschen, mehrheitlich Kurd*innen, aber auch Angehörige anderer Ethnien. Die Kurd*innen haben das durch die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien entstandene Machtvakuum genutzt, um in Rojava eine Selbstverwaltung nach den Prinzipien des Demokratischen Konföderalismus aufzubauen, also ein basisdemokratisches Räte-System einzurichten. Offizielle Amtssprachen sind Kurmandschi (die am meisten verbreitete kurdische Sprache), Arabisch und Aramäisch.

Im Oktober dieses Jahres ist die türkische Armee in Rojava einmarschiert, offiziell mit dem Ziel, eine „Sicherheitszone“ einzurichten. Doch dieser Begriff ist irreführend. Rojava stellte zu keinem Zeitpunkt eine militärische Bedrohung für die Türkei dar. Es handelt sich hier also ganz klar um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Erdogan will die in Rojava lebende Bevölkerung vertreiben und an deren Stelle in der Türkei lebende Flüchtlinge aus Syrien ansiedeln. Über 100'000 Menschen sind in Rojava bereits auf der Flucht. Die türkische Armee und die mit ihr verbündeten jihadistischen Milizen schrecken auch vor schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen nicht zurück. So werden etwa Spitäler und Ambulanzen bombardiert und Menschen auf offener Strasse hingerichtet. Der türkische Staat will mit allen Mitteln verhindern, dass das kurdische Selbstverwaltungsmodell Schule macht.



Geplante Sicherheitszone als Teil Türkischer Expansionspolitik; Quelle ANF, August 2019

*Welche Auswirkungen hat der Krieg in Rojava auf die Kurd*innen in der Türkei, und insbesondere auf die dortige Frauenbewegung?*

Die Türkei führt in den kurdischen Gebieten einen Krieg gegen Zivilisten. Der Rechtsstaat existiert nicht mehr. Die Grundrechte sind nicht garantiert. Die Leute haben Angst, sich öffentlich kritisch zu äussern. Gewählte kurdische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wurden abgesetzt, viele von ihnen verhaftet. Die Gemeinden wurden einer türkischen Zwangsverwaltung unterstellt. Frauenhäuser wurden geschlossen und in Polizeiposten umfunktionierte. Viele von Kurd*innen aufgebaute Institutionen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung wurden geschlossen. Männer, die ihre Frauen ermorden, gehen straffrei aus. Der türkische Staat versucht, die Frauenbewegung zu zerstören. Der Angriff auf Rojava hat auch zum Ziel, die Frauen in der Türkei zu schwächen. Hawrin Kahlaf, Feministin und Sprecherin der Friedenspartei in Nordsyrien, wurde von mit der Türkei verbündeten Dihadisten gezielt hingerichtet. Sie hatte eine Vorreiterrolle in der Frauenbewegung inne. Sie war Agrarwissenschaftlerin und hat sich sehr für eine ökologische Produktionsweise eingesetzt.

Die kurdische Gesellschaft ist ja traditionell sehr patriarchalisch geprägt. Wie erklärst du den Umstand, dass ausgerechnet in diesem patriarchalen Umfeld eine derart starke Frauenbewegung entstehen konnte?

Die kurdische Frauenbewegung entstand vor über 20 Jahren. Die Frauen waren damals an einem Nullpunkt, eingezwängt in patriarchale Strukturen. Die von Abdullah Öcalan propagierte Idee, dass den Frauen bei der Umgestaltung der Gesellschaft und der Überwindung feudaler Strukturen eine entscheidende Rolle zukommt, wurde von den Frauen daher begeistert aufgegriffen. Die Frauen haben sich ihre heutige Stellung in der kurdischen Gemeinschaft erkämpft. Nur durch die Befreiung der Frauen aus



Defend Rojava Demo, 08. September 2019, Foto: Franziska Stier

patriarchalen Strukturen ist eine freie, solidarische Gesellschaft möglich. Wichtig für die Entstehung der Frauenbewegung waren auch einzelne starke Frauen wie Sakine Cansiz. Sakine war Mitgründerin der Frauenbewegung. Sie hat niemals Schwäche gezeigt, war beharrlich, hat sich für die Zusammenarbeit im Kampf eingesetzt und die Jugendbewegung gestärkt. Sakine wurde in Paris zusammen mit zwei Mitstreiterinnen ermordet. Die Bluttat ist bis heute nicht aufgeklärt. Sakine lebt in unserem Kampf weiter.

Über 100'000 Menschen wurden seit Beginn des türkischen Angriffskriegs vertrieben. Wo finden diese Menschen nun Zuflucht?

Viele leben heute in Lagern entlang der Grenze zu Irak. Man muss sich bewusst sein, dass die türkische Armee keinen Verteidigungskrieg führt. Von Rojava ging nie eine militärische Bedrohung für die Türkei aus. Das Ziel des türkischen Staates ist es, die Bevölkerung zu vertreiben oder zu vernichten, und das Gesellschaftsmodell in Rojava zu zerstören. Denn dieses Gesellschaftsmodell könnte Schule machen, nicht nur in der Türkei, sondern in der ganzen Region und darüber hinaus. Es nervt mich,

wenn immer nur der Aspekt betont wird, dass die Kurd*innen grosse Verdienste bei der Bekämpfung des IS hatten und nun schmachlich im Stich gelassen werden. Es stimmt, die YPG, YPJ und die PKK hatten im Kampf gegen den IS eine entscheidende Rolle gespielt. Doch mindestens so wichtig ist die Verwirklichung eines neuen Gesellschaftsmodells in Rojava. Das ist das grösste Verdienst der Kurd*innen.

*Doch diese gelebte Utopie droht nun in Rojava zerstört zu werden. War also die ganze Aufbauarbeit umsonst? Müssen die Kurd*innen wieder bei null anfangen?*

Nein, der Funke von Rojava kann nicht gelöscht werden. Menschen auf der ganzen Welt, von der Schweiz bis Japan, gehen auf die Strasse um zu protestieren. Die Idee ist in den Herzen und Köpfen der Menschen angekommen. Sie haben gemerkt, dass es nicht nur um die Verteidigung von Rojava geht, sondern um einen globalen Kampf für eine gemeinsame Sache.

Das Interview führten Martin Flückiger und Maya Heuschmann



Defend Rojava Demo, 01. November 2019, Foto: Franziska Stier

Was der Frauenstreik im Grossen Rat bewirkt

«Nun lehrt Basel den Buben, dass sie Mädchen sein sollen», dies die Schlagzeile in der BaZ Online, nachdem der Grosse Rat den Anzug 'Modul zu gendergerechtem Unterricht für Lehrpersonen' an die Regierung überwiesen hat. Hier hat jemand etwas deutlich missverstanden oder auch missverstehen wollen. Solange solche Schlagzeilen möglich sind, braucht es ganz dringend noch Nachhilfe in Sachen Gendergerechtigkeit.

Aber es gab noch weitere Vorstösse, die ihren Ursprung im Manifest und den Forderungen des Frauenstreikkomitees hatten. Forderungen, die eben auch am Frauenstreik, an dem über eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer auf die Strasse gingen, lauthals gefordert wurden: Elternzeit, Analysen über Lohngleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Projektwochen oder -tage für Mädchen zum Thema sexuelle Gewalt und «Wen Do»-Kurse, den oben erwähnte Anzug, Fragen zu unbezahlter Betreuungsarbeit und daraus abgeleitet die Forderung nach einer 30-Stundenwoche. Diese führte zu hitzigen Diskussionen und wurde nur vom Grünen Bündnis (und einer SP-Stimme) unterstützt.

In einem Zeitungsartikel zu diesen Vorstössen war zu lesen, sie seien «...vornehmlich von linken Politikern gestellt...» worden. Dazu ist zu sagen, dass es auch einer Zeitung gut anstehen würde eine geschlechtergerechte Sprache zu gebrauchen, weil der Satz so geschrieben eine Falschmeldung ist!

Auffällig waren auch abschätzig Gesten und Gesichtsausdrücke von meist männlichen Bürgerlichen während den Debatten. Auch bei extrem unterschiedlichen Haltungen und Wertungen sollte ein gewisser Respekt auch anderen Haltungen gegenüber in einem Grossen Rat vorhanden sein. In diesem Fall ging er teilweise verloren.

Der Frauenstreik hat aber auch ganz andere Resultate gebracht; erstmals wurde am Zukunftstag die Möglichkeit für Mädchen geboten, für einen Tag lang Grossrätin zu sein. 30 Mädchen fanden sich ein wenig aufgeregt am Zukunftstag vor dem Rathaus ein und durften dann im Grossratssaal Platz nehmen. Die meisten waren schon ein wenig beeindruckt, aber nach den Erklärungen zum Ablauf und zur Aufgabe des Tages wurde schnell in einen Arbeitsmodus umgeschaltet.

Die Aufgabe bestand darin, aus jeder der vier Arbeitsgruppen oder Kommissionen eine Petition ins Plenum zu bringen, wo dann abgestimmt wurde, welche Petition schlussendlich der Petitionskommission überreicht werden sollte.

Der Unterschied zwischen dem echten Grossrat und dem Mädchenparlament? Die (echte) Statthalterin brachte es so auf den Punkt; sie hätte nicht ein Mal die Glocke benutzen müssen, um Ruhe einzufordern, der respektvolle Umgang untereinander und in der Plenumsdiskussion und schliesslich die speditive Arbeit der 'Grossrätinnen für einen Tag' hätten sie beeindruckt. Vielleicht sollten sich einige der echten Grossräte und Grossrätinnen ein Beispiel an diesen Mädchen nehmen.



Beatrice Messerli, Grossrätin BastA!

2. Haus der Politik - Rheinhafen

Am 18. Januar wollen wir uns der Entwicklung des Rheinhafens und damit auch der Entwicklung des Klybeckareals widmen. Das Projekt des Gateway Nord ist eng mit Rheinatten verbunden und damit einer Quartierentwicklung, die zu Recht Sorgen weckt. Daher wollen wir uns mit dieser Veranstaltung brennenden Fragen konkreter politischer Widersprüche widmen.

Programm

14:00 Eröffnung

15 - 15:15 Klima und Gerechtigkeit

Ein zentrales Argument für die Hafenentwicklung lautet: Wir müssen mehr Güter von der Strasse auf die Schiene bringen. Daneben soll der Umschlagsplatz leistungsfähiger werden. Wo bleibt also die Ökobilanz?

Dazu diskutieren:

- Collective Climate Justice
- Florian Schreier (VCS Basel)

15:30 - 16:30 Hafen der Zukunft - Gewerkschaftliche Perspektiven auf den Umschlagsplatz

Die Digitalisierung schreitet voran, Arbeitsplätze scheinen zunehmend unsicherer und stets von Krisen bedroht. Es stellt sich auch am Basler Rheinhafen die Frage, welche Arbeit wollen wir und wie kann sie organisiert werden? Ein Gespräch mit:

- Gewerkschaft SEV
- Gewerkschaft Nautilus International

16:45 - 17:45 Das Leben im Zentrum*

Stadtentwicklung verläuft aktuell nicht nur zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen, sondern auch zu Lasten der Natur. Doch wie kann Stadtentwicklung aussehen, die die Bedürfnisse von Mensch und Natur gleichermaßen ins Zentrum setzt? Es diskutieren:

- IG Klybeckinsel
- Pro Natura

18:00 - 18:15 Zusammenfassung und Ausblick

VERANSTALTUNGEN

